

Dresdener Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der egl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie Frauenwelt und Jugend einschließlich Belegbogen monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich R. 2,75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn R. 3.—, Erhöht mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1763. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die gespaltene Zeile mit 80 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdener Volkszeitung.

Nr. 180.

Dresden, Mittwoch den 6. August 1913.

24. Jahrg.

Im Krupp-Prozess wurden die Angeklagten zu Strafen von sechs Monaten Gefängnis bis zu drei Wochen gelindem Arrest verurteilt. Außerdem wurde bei den meisten Angeklagten auf Dienstentlassung erkannt.

Der bekannte französische Flugzeugfabrikant Deperdussin ist unter der Beschuldigung, Verträge in Höhe von mehreren Millionen bezogen zu haben, in Paris verhaftet worden.

Der englische Ministerpräsident Asquith erklärte einer parlamentarischen Deputation gegenüber, daß das Projekt der Unterzeichnung des Kermellkanals von der britischen Reichsverteidigungskommission ernsthaft erwogen werde.

Nach Meldungen aus Bukarest steht die Unterzeichnung des Friedensvertrags unmittelbar bevor.

Keinen Mann und keinen Groschen.

In der Parteipresse und in den Parteioptionen ist die Diskussion über die Haltung unserer Fraktion zu den Wehrvorlagen langsam in Fluß gekommen. Noch haben zu wenig Organisationen gesprochen, als daß sich bei der Verschiedenartigkeit der Meinungen ein klares Bild gewinnen ließe, aber zu erkennen ist bereits, daß sich diejenigen Genossen, die die Haltung der Fraktionsmehrheit mißbilligen, ihren Argumenten nach in zwei Lager scheiden: die einen wollen die Wehrvorlagen abgelehnt wissen, weil die Gefahr der indirekten Steuern, selbst bei Ablehnung der Deckungsvorlagen, nicht bestanden habe; die anderen wollen den sozialistischen Grundlag, daß diesem System kein Mann und kein Groschen zu bewilligen sei, unter allen Umständen gewahrt wissen. Die einen betonen die taktische Seite der Frage, die anderen die prinzipielle. Wir wollen hier absehen davon, daß außerdem Einwendungen gegen die äußere Seite unseres jüngsten antimilitaristischen Kampfes, wie gegen die Annahme einzelner Teile der Deckungsvorlage geltend gemacht werden. Wir haben im Laufe der parlamentarischen Auseinandersetzungen bereits Artikel gebracht, die die Taktik der Fraktion wie ihre Haltung zu den verschiedenen Teilen der neuen Steuergesetze begründeten und wollen hier nur untersuchen, wie die Gründe der beiden gegen die Fraktionsmehrheit opponierenden Hauptströmungen beschaffen sind.

Indirekte Steuern waren nicht zu befürchten, behaupten die einen und erklären: Auch der indirekten Belastung des Volkes ist eine natürliche Grenze gezogen, und zwar dort, wo die indirekte Steuer die Lebenshaltung der Minderbemittelten auf die Linie des Existenzminimums herabdrückt und eine Erhöhung der „Vesteuerung von hinten her“ durch vermindernden Konsum aufgehoben wird; das fühlt die Regierung schon jetzt an den hinter den Anschlägen zurückbleibenden Ertragsverlusten der Lebensmittelsteuern, sonst hätte sie von vornherein indirekte Steuerentlastungen ausgedrückt.

Zunächst: wodurch hat sich die deutsche Innenregierung eigentlich die hohe Einschätzung verdient, die in dieser Argumentation liegt? Daß eine Regierung vom Schlage der Wehrmannschaft plötzlich nicht mehr an die Möglichkeit neuer indirekter Belastung, nicht mehr an die „gefüllte Komposthaufen“ der Arbeiter, sondern an die finanzielle Erschöpfung der Massen glaubt — das ist eine reichlich optimistische Auffassung von der sozialen Einsicht der Reichsleitung. Wir stimmen im Gegenteil der Leipziger Volkszeitung zu, die in ihrem gestrigen Leitartikel sehr richtig betonte:

„Aber das steht nicht minder fest, daß die indirekte Steuerlast noch größer geworden wäre, wenn diese direkten Steuern nicht zur Annahme gelangt wären.“

Die Jahre 1906 und 1908 haben gezeigt, was der Reichstag und den bürgerlichen Parteien an Steueranschlüssen zuzutragen ist. Wenn Wehrmann 1913 endlich mit der alten Tradition brach und Wehrsteuern einbrachte, so geschah das aus Angst vor der roten Flut, die 1912 hunderttausend Sozialdemokraten in den Reichstag trug. Und wenn mit Hilfe der Sozialdemokratie Wehrsteuern unter den Tisch gekehrt worden wären, hätten sich weder die Regierung noch die bürgerlichen Parteien mit neuen indirekten Steuern zu genieren brauchen, dann wären längst erwogenen Projekten wie Margarinesteuer, Inzeratensteuer, Ausdehnung der Fahrkartensteuer auf die vierte Wagenklasse, Steuer auf Kaffeesurrogate und alkoholfreie Getränke, die Wege geebnet gewesen. Die Wehrsteuervorlage war so sicher aus Angst vor der Sozialdemokratie geboren, wie die indirekte Steuerpolitik bei uns zulande traditionell ist. Gegen die Forderung der Fraktionsmehrheit mag mancher Einwand möglich sein, aber wer die Zustimmung zur Wehrsteuervorlage mit der Begründung ansetzt, daß die Gefahr einer weiteren indirekten Ausdehnung der Steuern nicht bestanden habe, baut auf den Sand von Mutmaßungen, die vor den bisherigen Tatsachen der deutschen Steuerpolitik zerfallen.

Einfacher und weniger auf Kombinationen angewiesen ist die Ansicht jener Genossen, die gegen die Haltung der

Fraktionsmehrheit den Grundlag anführen: diesem System keinen Mann und keinen Groschen. Der Militarismus des Klassenstaates, sagen diese Genossen, ist das stärkste und brutalste Mittel zur Niederhaltung des Proletariats, darum haben wir diesem System die Mittel unter allen Umständen zu verweigern; die Fraktion aber hat für die Wehrsteuern der Deckungsvorlage gestimmt und damit einen sozialistischen Grundlag mißachtet, an dem bisher nicht gerüttelt wurde. Bei dieser Argumentation wird der Kern des ganzen Diskussionsproblems vergessen, nämlich: die Fraktion hat schlimmstenfalls nur den einen sozialistischen Grundlag auf Kosten des anderen zur Richtschnur ihres Handelns gemacht! Die politische Veräufung kann uns in Situationen bringen, in der sozialistische Grundzüge miteinander zu karabolieren drohen. Unter dem Zwange einer solchen Situation handelte die Fraktion, als sie der Wehrsteuer zustimmte. Sie blieb dem sozialistischen Grundlag treu, der von uns verlangt, die Minderbemittelten mit aller Energie vor Belastung zu schützen! Die Wehrvorlage war bewilligt; daran war trotz unserer leidenschaftlichen Abwehr nichts mehr zu ändern. Was danach noch im Vordergrund des Kampfes stand, war die Frage: Wer soll den Groschen tragen, nachdem der Mann bewilligt ist. Nach dem Prinzip: „Diesem System keinen Mann und keinen Groschen“ hätte die Fraktion die Belastung der Reichen abgelehnt, die Belastung der Armen in Kauf nehmen und damit gegen einen unserer elementarsten Grundzüge verstossen müssen, gegen einen Grundlag, den die Völkervereinigung internationale Sozialistenkonferenz zur obersten Richtschnur unseres Handelns macht für den Fall, daß wir neue Ausgaben für den Militarismus nicht verhindern können, ein Grundlag, der für diesen Fall modifiziert lautet: Diesem System keinen Arbeiter groschen!

Man und bestimmt fordert das deutsch-französische Manifest vom 1. März 1913:

„Wenn trotz unseres entschlossenen Widerstandes den Völkern neue militärische Ausgaben auferlegt werden, so wird die Sozialdemokratie beider Länder mit aller

Energie dafür kämpfen, daß die finanziellen Lasten auf die Schultern der Wohlhabenden und Reichen abgewälzt werden.“

Unsere Fraktion konnte nach Verabschiedung der Wehrvorlagen unserem antimilitaristischen Grundlag praktisch nicht mehr zum Siege verhelfen, wohl aber dem anderen nicht minder wichtigen: Schutz der Armen vor Steuerdruck und Belastung. Sie handelte nach demselben Prinzip, das uns gestattet, das Budget zu bewilligen, wenn durch diesen Verstoß gegen einen unserer Grundzüge ein schlechteres Budget abgewehrt wird. Damit hat die Argumentation auch der Genossen, die in der Haltung der Fraktionsmehrheit eine große Verflüchtigung an einem unserer Parteigrundzüge erblicken, alle Stichhaltigkeit verloren, und wir stimmen auch in diesem Falle der Leipziger Volkszeitung zu, die zwar abweichend von uns die Annahme des Wehrbeitrags für einen Fehler hält und nur die Vermögenssteuer bewilligt wissen wollte, im übrigen aber ihren Standpunkt zu der Frage: Grundzügliche Ablehnung oder nicht? also formuliert:

Der alte Grundlag, der die Stellung der Sozialdemokratie dem Mißtrauen gegenüber präzisiert: diesem System keinen Mann und keinen Groschen, kann nur dann seine Geltung verlieren, wenn durch unsere Zustimmung die Interessen der bedrückten Schichten gefährdet, d. h. an Stelle direkter, die Besitzenden belastender Steuern, indirekte Steuern treten würden...

Schon an dem Jahr und Wider der bisherigen Diskussion über die Haltung der Fraktion ist zu ersehen, wie notwendig eine nüchterne, sachliche Klärung der angeschnittenen Fragen und durcheinanderlaufenden Probleme ist. Unsere Ueberzeugung ist, daß der Parteitag, wenn die Genossen des Reichstags alle Gründe ihrer Haltung vorgelegt haben, die Haltung der Fraktion wird billigen müssen. Denn eine Mißbilligung könnte sich schwer rächen, wenn die Fraktion wieder einmal zwischen zwei Grundzügen stände, wenn die Fraktion wieder einmal vor die Frage gestellt wäre, ob sie auf die Verwirklichung der einen Forderung verzichten und den Interessen des Proletariats zuwiderhandeln soll, nur weil sie die Verwirklichung einer anderen Forderung nicht erreichen kann.

R. G.

Der erste Akt des Krupp-Scandals.

Der Ausgang des ersten Krupp-Prozesses bestätigt und unterstreicht das große Verdienst, das sich die sozialdemokratische Opposition im Deutschen Reichstag wieder wie schon so oft um die Reinigung des öffentlichen Lebens erworben hat. Es ist bewiesen, daß zwischen der Heeresverwaltung und der Firma Krupp unterirdische Beziehungen bestanden, die unläuter, dem Allgemeinwohl schädlich, der Reichssicherheit gefährlich waren. Mag man mit Recht der Meinung sein, daß das Urteil die eigentlich Schuldigen nicht trifft, aber man wird nicht bestreiten können, daß der Prozeß eine heilsame Lehre für alle ist, die die Wege der Brandt, Lilius und Genossen gewandelt sein mögen, und daß er in diesem Sinne Nützliches gewirkt hat.

Gäbe es für die Gegner der Sozialdemokratie etwas wie Anständigkeit und Gerechtigkeit, so würden sie nicht umhin können, dieses sozialdemokratische Verdienst öffentlich anzuerkennen. Eine Ursache, gegen die Sozialdemokratie aus diesem Anlaß vom Reder zu ziehen, kann nur für Leute bestehen, die das Licht und die Reinlichkeit nicht wollen, weil sie sich im Dunkel und im Schmutz viel wohler fühlen. In allen Schimpfkanonaden, die jetzt gegen die Sozialdemokratie und besonders gegen den Enthüller der Affäre, den Genossen Diebstadt losgelassen werden, steht also ein Stück Selbstbegünstigung und es kann dem Staatsanwalt nur empfohlen werden, sich verschiedene Leute, die sich jetzt zur Verteidigung von Lilius, Krupp und Arme besonders berufen fühlen, genauer anzusehen; vielleicht gibt es da noch überraschende Entdeckungen.

Was ist's, was diese verdächtigen Ankläger der Sozialdemokratie vorzuwerfen haben? Daß die Sozialdemokratie im allgemeinen von Krupp und der Heeresverwaltung redet, während es sich doch dabei wie drüben nur um ein paar untergeordnete Stellen handelt. Diese untergeordneten Stellen — der Anklagevertreter sprach geschmackvoll von „feilen Schreiberfellen“ — sind es allein, die sich nachweisbar krimineller Verfehlungen schuldig gemacht haben. Aber den sozialdemokratischen Kritikern kommt es gar nicht darauf an, ob sich dieser oder jener strafbar gemacht hat, und sie haben sicher Richtigeres zu tun, als ein paar arme Schächer ins Gefängnis zu bringen. Darum betrachten sie den Fall Krupp auch nicht aus dem engen Gesichtswinkel der Kriminalität und sind gern bereit, allen bekannten und unbekanntem Schuldigen dieser Skandal-affäre mißerbende Umstände in weitestem Umfange zuzubilligen. Die Lilius und Genossen haben nichts Arges darin, Geschenke von Hause Krupp anzunehmen und ihm dafür Antragsheimliche zu betiteln, denn sie haben im Hause Krupp keine kapitalistische Firma, keine Privatperson, sondern sie betrachten es gemissermaßen als eine besonders hochtönende, besonders hervorzuheben Staatsleistung, und sie glauben als aufmerksame

Leser der Hofnachrichten auch allen Grund für diese ihre Auffassung zu haben. Sie konnten die intime Freundschaft zwischen den Häusern Krupp und Hohenzollern und glaubten sich durch diese Beziehungen nicht nur vollkommen gedeckt, sondern vielleicht auch geradezu verpflichtet. Das war eine salbige Auffassung, für die sie jetzt lähen müssen, aber nichts ist ihnen mehr zu glauben als ihre Beteuerung, daß sie sich bei ihrem allzu intimen, die Grenzen der Vertrauenspflicht weit überschreitenden Verkehr mit einem Vertreter des Essener Erzhauses nichts Böses bewußt waren.

So hat der Prozeß gerade das bewiesen, was zu beweisen in der sozialdemokratischen Absicht lag. Die Sozialdemokratie hat den Kampf gegen die Korruption nie nach der Art jener oberflächlichen Korruptionsrichter geführt, die da meinen, künstliche Schurken regierten den Staat, und es sei nur notwendig, diese Nebelkinder zu entfernen und ehrliche Menschen an ihre Stelle zu setzen, um alle Dinge der Welt zum Besten zu machen. Sie weiß, daß die Menschen das Produkt der Verhältnisse sind, und diese gesellschaftlichen Verhältnisse aufzuheben und zu verändern, das ist's, worauf es ihr ankommt. Erscheinungen, wie sie im Krupp-Prozess zur Tage getreten, wären unmöglich, wenn die Rüstungsindustrie staatlich wäre. Nicht die Fehlbarkeiten einzelner Menschen stehen vor dem Gericht der sozialdemokratischen Kritik, sondern das privatkapitalistische System, dessen Unbrauchbarkeit, Unmöglichkeit, dessen Unlauterkeiten und Gefahren gerade auf dem Gebiete des Rüstungswesens jetzt für jeden, der sehen will, klar zutage liegen.

Um die Sache handelt es sich uns, nicht um den Namen. Ob von einem „Panama“ geredet werden kann oder nicht — welche Kleinigkeit! Wenn der Anklagevertreter den stolzen Ausspruch tat, das Wort Panama sei nicht auf deutschem Boden gewachsen, so erinnert man sich daran, daß auch der Reichstangler Bülow einst in den Klümpchen gegen das persönliche Regiment das Wort Komarilla für ein Fremdwort erklärte und meinte, dergleichen sei in Deutschland nicht zu finden. Mag solches Jurischschreien vor einem Worte der Angst davor entpringen, das Sub beim richtigen Namen zu nennen, aber der Gewissenhaftigkeit des Philologen, der Buchstaben sieht und Laute wägt, jedenfalls kann ein solcher Wortstreit nur dazu dienen, den Kern der Sache zu verunkeln. Panama oder nicht! Es sind durch den ersten Krupp-Prozess gefährliche und bedenkliche Zustände aufgedeckt und zugleich durch die eindringliche Kraft der Tatsachen selbst die Wege zu ihrer Beseitigung gemessen worden. Das ist, um es nochmals zu sagen, ein sozialdemokratisches Verdienst und ein sozialdemokratischer Erfolg.

(Der Bericht über den Prozeß befindet sich in der Beilage.)